

# US-Drohungen gegen Nordkorea: Schluss mit Sanktionen und Provokationen

*Internationales Sekretariat der Liga für die Fünfte internationale, 7.4.13, Neue Internationale 179, Mai 2013*

Die westlichen Medien posaunen eine einfache Botschaft über die Krise auf der koreanischen Halbinsel heraus: Kim Jong-Un sei ein hysterischer Diktator und darauf erpicht, sich der „internationalen Gemeinschaft“ zu widersetzen – sprich dem Sicherheitsrat der UNO – und seine Nachbarn ohne jedes rationale Motiv zu bedrohen. Das ist eine riesige Lüge, ähnlich der Propaganda, die dem Irak-Krieg voranging.

Obwohl Nordkorea ein abstoßender totalitärer Staat ist, der die Bevölkerung brutal unterdrückt, so ist sein Wunsch, Atomwaffen zu besitzen, überhaupt nicht irrational. Es ist eine sehr verständliche Reaktion auf die Belagerung, der er seit 60 Jahren von Seiten eines unendlich stärkeren und kriegerischeren Regimes ausgesetzt ist: den USA. Sie sind für die Teilung des Landes verantwortlich, sie haben historisch massive Verbrechen gegen die Menschen Koreas begangen und das Land wiederholt mit atomarer Vernichtung bedroht.

Außerdem haben die USA über die letzten Monate ständig den Druck erhöht und die Blockade der nordkoreanischen Wirtschaft verschärft, welche die Menschen ohnedies kaum ernähren kann. Die UN-Sanktionen vom März umfassen Einschränkungen nordkoreanischer Banken, des Handels, Reisebeschränkungen, Durchsuchungen „verdächtiger“ nordkoreanischer Fracht und Umsetzungsmaßnahmen, die bei vorherigen Sanktionen noch fehlten.

Es wird behauptet, dass diese Sanktionen eine Antwort auf den Atomtest der „Demokratischen Volksrepublik Nordkorea“ vom 12. Februar 2013 wären. Auch dies ist eine Lüge. Dieser Test selbst war eine Antwort auf die Androhung von Sanktionen, die von den USA im Januar gemacht wurden und Pjôngjangs erfolgreichem Abschuss einer Langstreckenrakete folgten, die einen zivilen Satelliten im Dezember in eine Umlaufbahn brachte.

Bisher lief die US-Administration jedes Mal, wenn sie versuchte, die anderen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu noch verheerenderen Wirtschaftssanktionen zu drängen, Gefahr, dass China sein Veto einlegt. China ist Nordkoreas Hauptverbündeter und wichtigster Handelspartner. Zugleich will es aber auch nicht, dass sein Vasall eine unabhängige Atomstreitmacht aufbaut, und lässt Nordkorea in der Konfrontation mit den USA fast allein.

Nach Nordkoreas erstem erfolgreichem Test einer Kernwaffe im Oktober 2006 war China mit „gezielten“ UN-Sanktionen einverstanden; ein Embargo für militärische und technologische Materialien und Luxusgüter und einige Finanzgeschäfte. Nordkorea wurde verpflichtet, zu den Sechser-Verhandlungen mit China, Japan, Südkorea, Russland und den USA zurückzukehren.

Die Regierung in Washington weitete in diesem Zeitraum die Waffenlieferungen an die südkoreanischen Streitkräfte als Teil seiner geostrategischen Ausrichtung auf den „Dreh- und Angelpunkt Asien“ aus, mit der Absicht, China „einzudämmen“ und die US-Vorherrschaft im ostasiatischen Pazifik aufrechtzuerhalten. Natürlich ist sie erfreut, dass China bei den Sanktionen „mit Biss“ mitmacht.

Nordkorea hat gute Gründe, die Absichten der USA zu fürchten, selbst wenn es unwahrscheinlich

ist, dass die USA in der nahen Zukunft direkt angreifen. 28.000 US-Soldaten sind permanent in Südkorea stationiert. Beim Ausbrechen von Kämpfen übernehmen die USA sofort das Kommando über Südkoreas Truppen, die rund 500.000 Mann zählen. Obwohl die USA ihre Atomwaffen in den frühen 1990ern abgezogen haben, steht eine Nukleararsenal auf Schiffen und Kampfflugzeugen bereit.

Nordkoreas Armee, obwohl viel größer (etwa 1,1 Millionen), würde bei jeder Offensive der gewaltigen US-Luftkraft gegenüber verwundbar sein, selbst wenn die USA nicht zu Atomwaffen griffen.

Wie im Fall des Iran bestreiten die USA das Recht jedes Staats (es sei denn, es handelt sich um enge Verbündete) auf Waffen, die es ermöglichen, ihrem ökonomischen und militärischen Druck zu widerstehen. Über ein halbes Jahrhundert lang haben sie akzeptieren müssen, dass sie diese Politik nicht vollständig durchsetzen konnten und die Stärke von Russland, China und ihrer Verbündeten in Rechnung stellen mussten.

In Wirklichkeit sind die USA trotz ihrer vielgerühmten Demokratie viel eher ein „Schurkenstaat“ als Nordkorea oder der Iran. Die USA haben seit 1945 dutzende Länder angegriffen und sind immer noch die einzige Macht, die tatsächlich von Atomwaffen Gebrauch gemacht hat und über 100.000 ZivilistInnen in Hiroshima und Nagasaki getötet hat.

Erinnern wir uns an die jahrzehntelangen Sanktionen gegen den Iran, die zum Tod von Hunderttausenden führten, an die Bombardierung Afghanistans 2001 und des Iraks 2003, an die Invasion und die folgende Besetzung, an die Verwüstung von Städten wie Falludscha während der Besetzung des Iraks, wo 60 Prozent der Gebäude zerstört wurden. All dies wurde getan unter dem Vorwand, nicht existente „Massenvernichtungswaffen“ zu finden. Damit verbunden war auch die Behauptung, dass der Irak den Al-Qaida-Terror unterstützen würde, obwohl das eine Lüge war. Vielmehr wurde dieser Terror als Reaktion auf US-Invasion und -Besetzung geschürt.

Wer würde ernsthaft glauben, dass ein Staat, der jahrzehntelang Israels Besitz von Atomwaffen in Missachtung aller Atomwaffensperrverträge deckt, qualifiziert ist, zu entscheiden, wer angepasst genug ist, solch ein Abschreckungsmittel zu haben oder nicht?

## **Historischer Hintergrund**

Die Verbrechen der USA und ihrer westlichen Verbündeten in Korea gehen bis zum Beginn des Kalten Kriegs zurück. Nach dem 2. Weltkrieg wurde Korea von russischen und US-Streitkräften eingenommen und das Land entlang der 38. Breitengrads geteilt. Die USA installierten eine Marionettendiktatur unter dem extrem antikommunistischen Syngman Rhee, das drei Jahre lang Krieg gegen linksgerichtete Aufständische im Süden führte, bei dem zwischen 60.000 und 100.000 Menschen ihr Leben verloren.

Inzwischen installierte Stalins UdSSR ein Marionettenregime unter Kim Il Sung im ärmeren Norden. Aber die koreanische KP organisierte Volksausschüsse und eine Kampagne zur Beschlagnahme des Landes der Großgrundbesitzer durch die Bauern, Schlüsselindustrien wurden verstaatlicht. Der Koreakrieg von 1950-53 begann zwar militärisch mit einer Invasion durch den Norden. Doch dies war eine Antwort auf die Erklärung Rhees, in den Norden einzumarschieren. Der rasche Zusammenbruch der Streitkräfte des Südens zeigte die Fäulnis von Rhees Regime und seine fehlende Verankerung in der Bevölkerung.

Dies wurde mit einer massiven US-Intervention beantwortet - unter der Flagge der UNO. Im anschließenden Krieg überzogen die USA die Bevölkerung 37 Monate mit einem Non-Stop-

Bombardement, mit Flächenfeuer und Napalm, welche alle Schäden, die die Streitkräfte des Nordens anrichteten, weit überstieg. Jede größere Stadt im Norden, jede größere industrielle Anlage wurde zerstört. Es gibt Schätzungen, dass ein Drittel der Zivilbevölkerung im Norden, etwa drei Millionen Menschen, den US-Bombern zum Opfer fiel. US-Präsident Truman war kurz davor, Douglas MacArthurs Forderung nach einem Nuklearwaffeneinsatz zu genehmigen.

Nach dem Waffenstillstand von 1953 blieb Südkorea eine Militärdiktatur, dessen Regime nur aufgrund einer Reihe von Putschen wechselte. Erst Massendemonstrationen von ArbeiterInnen und StudentInnen im Jahr 1987 machten dem ein Ende und formal-demokratische Wahlen wurden eingeführt. Doch auch seither gibt es - unter „demokratischen“ Regierungen - schwere Repressionen gegen Bewegungen von StudentInnen und GewerkschafterInnen.

## **Imperialistische Doktrin**

Nach den Anschlägen vom 9. November erklärte US-Präsident George W. Bush Nordkorea zu einem Teil der „Achse des Bösen“ und behauptete, dass es ein „Terroristenstaat“ sei - und somit auch ein Ziel im „Krieg gegen den Terror“. Bush erklärt gegenüber Chinas Präsidenten Jiang Zemin, dass er „einen Militärschlag in Erwägung ziehen müsse“, wenn Nordkorea sein Nuklearprogramm nicht beende. Er befahl Teile der US-Pazifik-Flotte in die Region, darunter den Flugzeugträger USS „Carl Vinson“. F 117-Stealthbomber wurden nach Südkorea und Jagdflugzeuge und Bomber auf den Stützpunkt Guam, der vordersten Basis, von der aus Nordkorea angegriffen werden kann, geschickt.

Die Doktrin der Regierung Bush für gemeinsame nukleare Operationen stellte 2005 fest:

„Um die Abschreckung des WMD-Einsatzes (WMD = Massenvernichtungswaffen) zu maximieren, ist es wesentlich, dass die US-Streitkräfte planen, Atomwaffen wirksam zu nutzen und dass US-Streitkräfte entschlossen sind, Atomwaffen zu verwenden, wenn notwendig, um die WMD-Verwendung zu verhindern oder um sich zu revanchieren.“

Die Bereitschaft des Nordens, mit Verhandlungen zu beginnen, und v.a. der Beistand Chinas verhinderten einen US-Angriff. Aber Nordkorea setzte sein Atomprogramm fort und führte 2006 seinen ersten Test durch.

Der „Demokrat“ Barack Obama wiederholte 2013 Bushs Politik. Die jüngsten, diesmal von China unterstützten UN-Sanktionen machen alle übrigen internationalen ökonomischen Kontakte mit Nordkorea nahezu unmöglich. Sie beinhalten eine vollständige Sperrung von finanziellen Transaktionen, einseitige Inspektionen von Nordkoreas Transporten, des Schiffsverkehrs und der Luftfracht, und das Recht, Frachtgut zu beschlagnahmen, sobald es einer Bestimmung der Sanktionen widerspricht. Solche Blockaden werden im Allgemeinen als Casus Belli (Kriegsgrund) betrachtet.

Anfang März 2013 begannen die verbündeten Streitkräfte der USA und Südkoreas ihre jährlichen militärischen Manöver (Codename „Foal Eagle“). Daran sind 200.000 südkoreanische und 10.000 US-Soldaten beteiligt. Der Einsatz von atomwaffenfähigen US-Bombern einschließlich eines Tarnkappenbombers steigerte den Druck weiter.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die schwülstigen rhetorischen Drohungen des Nordens verstehen: die Sperrung der industriellen Gemeinschaftszone Kaesong, die jährlich 2 Mrd. Dollar aus Handelseinkünften für Nordkorea generiert, einschließlich ungefähr 80 Mill. Dollar an Löhnen für die 53.000 nordkoreanischen ArbeiterInnen; die Androhung eines atomaren Erstschlags auf den Süden, auf Guam oder gar die USA selbst. Doch der Norden hat in Wirklichkeit gar nicht die Fähigkeit, die beiden letzteren Ziele zu beschießen. Selbst ein Angriff auf den Süden wäre eine

kriminelle Dummheit, die die eigene Bevölkerung wie auch die Südkoreas treffen würde.

Dennoch verteidigen wir das Recht der „Demokratischen Volksrepublik Nordkorea“, Atomwaffen zu entwickeln und zu besitzen. Die Argumente, die der Westen zur Rechtfertigung der Abschreckung und seines riesigen Kernwaffenarsenals verwendet, können für Nordkorea und für den Iran viel mehr Glaubwürdigkeit beanspruchen. Die USA haben alles getan, um die Wirtschaft des Nordens mit Blockaden zu lähmen. Sie unterhalten Truppen auf der koreanischen Halbinsel und Atomwaffen vor seiner Küste.

## **Verteidigung**

Im Fall eines Angriffs der USA oder des südkoreanischen Regimes auf den Norden sollten RevolutionärInnen die Verteidigung des Nordens unterstützen. Sie sollten alles in ihrer Macht stehende tun, um ihm zu einem militärischen Sieg zu verhelfen und die Niederlage der US-Invasoren zu bewirken. Natürlich wäre ein größerer konventioneller Krieg, geschweige denn die Verwendung von Atomwaffen, eine Katastrophe für das koreanische Volk im Norden und im Süden.

Deshalb sollte die Antikriegsbewegung in den USA, in Europa und Japan jetzt mobilisieren, um ein Ende der US-Provokationen zu fordern, die vollständige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und Handelsblockaden und den Abzug der US-Truppen aus Südkorea. Die US-Flotte einschließlich ihrer Atom-U-Boote und die US-Basen müssen aus der Region abgezogen werden.

Über Korea hinaus ist die US-Politik Teil ihrer geostrategischen Ausrichtung auf Asien. Sie ist gegen China gerichtet und enthält die Saat eines neuen globalen Konflikts um die Neuaufteilung der Welt. Dies ist eine Bedrohung für die ArbeiterInnen und Bauern der ganzen Welt.

RevolutionärInnen dürfen jedoch keine politische Unterstützung für das Kim Jong-Un-Regime geben. In Nordkorea müssen sie vielmehr für eine politische Revolution eintreten, um die Macht der monströsen privilegierten Bürokratie zu brechen. Wenn Nordkoreas ArbeiterInnen die Kontrolle ihrer Fabriken und Agrarbetriebe übernehmen, ökonomische Ressourcen nutzen, um die Lieferung von Nahrung u.a. lebensnotwendiger Güter für das Volk bereit zu stellen, an die südkoreanischen ArbeiterInnen appellieren, sie zu unterstützen, dann könnte der koreanische Albtraum beendet und die Perspektive einer revolutionären Wiedervereinigung eröffnet werden.